

Pressemitteilung

22.03.2021

Kreistagsfraktion BVR/FW fordert intelligente Lockerungskonzepte mit regionalen Ansätzen statt Dauerlockdown

„Der jetzt verlängerte und zusätzlich verschärfte Lockdown ist nichts anderes als ein Armutszeugnis der Bundes- und Landesregierungen. Auf dem Rücken der Selbstständigen, der Wirtschaft, der Künstler und der Familien wird versucht, eine Politik durchzupeitschen, die sich bei der Bekämpfung der Pandemie hinlänglich als widerlegt erwiesen hat. Die ansteigenden Inzidenzwerte haben evident nichts mit den vorsichtigen Lockerungen der letzten zwei Wochen zu tun, was bereits der Wellenbrecher-Lockdown vor Weihnachten nachdrücklich gezeigt hat, als die Inzidenz widererwartend nicht sank. Wir brauchen intelligente Lockerungskonzepte mit regionalen Ansätzen samt Impfungen und klugen Testungen. Alles andere wird nicht zum Erfolg führen, sondern in einer hilflosen Endlos-Lockdown-Schleife enden, deren gesellschaftliche Folgen ich mir nicht ausmalen möchte“, verdeutlicht Mathias Löttge, Fraktionsvorsitzender der Kreistagsfraktion Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler.

Nach den Ergebnissen der gestrigen Bund-Länder-Beratung wird der Lockdown weiter bis zum 18. April verlängert. Zudem sollen Gründonnerstag und Karsamstag als Ruhetage gelten, mit der Folge, dass die Lebensmittelhändler am Gründonnerstag geschlossen haben. Es gilt ein Ansammlungsverbot vom 1. April bis zum 5. April. Für die verfehlte Corona-Politik von Bund und Länder werden damit die Menschen über Ostern für fünf Tage zu Hause eingesperrt. Bei einer Inzidenz von über 100 soll es sogar zusätzlich eine „Notbremse“ geben, hinter der sich nichts anderes als Ausgangssperren und Kontaktbeschränkungen verbergen. Dabei ist längst erwiesen, dass die meisten Infektionen zu Hause passieren.

„Anstatt wie das Kaninchen vor der Schlage starr auf die Inzidenzwerte zu starren, müssen endlich andere Parameter wie aktuelle Impffzahlen, Anzahl der Testungen und die tatsächliche Belegung der Intensivstationen mit Covid-19-Patienten nebst deren Altersstruktur mit einbezogen werden. Es ist doch unsinnig zu glauben, dass, wenn man alles beim Alten belässt, sich etwas ändert. Wenn die Menschen in dieser Extremsituation keine Perspektiven und Hoffnungen mehr haben, wird unsere Gesellschaft einen immensen Schaden nehmen. Es muss endlich flächendeckend und altersübergreifend geimpft werden“, so Mathias Löttge. Ein einzelnes Grundrecht auf Lebensschutz darf nicht mit Ausschließlichkeitsanspruch ohne Verhältnismäßigkeitsabwägung über andere Grund- und Freiheitsrechte gestellt werden. Zudem waren nach Mitteilung von Landrat Dr. Kerth auf eine Anfrage der Fraktion BVR/FW in den kreiseigenen Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten im Jahr 2020 stationär 14 Covid-19-Fälle behandelt worden.